

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/5

9. Januar 1976

Von der Ausöhnung zur Normalisierung

Zur Reise einer Delegation des SPD-Fraktionvorstandes nach Polen

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des SPD-Parteivorstandes und des SPD-Fraktionvorstandes

Seite 1 bis 1b / 132 Zeilen

Finanzlage der Dritten Welt immer prekärer

Mehr Zuschüsse und größere Sonderziehungsrechte wären Lösung

Von Günter Schluckebier MdB
Mitglied des Bundestagesausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 2 und 3 / 55 Zeilen

Wilhelm Pieck in Licht und Gegenlicht

Anmerkungen zum 100. Geburtstag des DDR-Präsidenten

Seite 4 und 5 / 91 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-Verhältnis (V und Schluß)

Seite 6 und 7 / 86 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-16
Postfach: 100 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 33 93 57-20
Telex: 53 93 545-45 spdn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 100-112, Telefon: 37 00 11

Von der Ausdehnung zur Normalisierung

Zur Reise einer Delegation des SPD-Fraktionsvorstandes nach Polen

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Parteivorstandes und des SPD-Fraktionsvorstandes

Die Reise der fünf Fraktionsvorstandsmitglieder der SPD-Bundestagsfraktion nach Warschau kann unter zwei Aspekten gesehen werden; unter dem Blickwinkel, was auf dieser Reise und durch diese Reise tatsächlich geschehen ist, zum anderen, was die CDU/CSU aus dieser Reise zu machen versucht.

Für die deutsche Außenpolitik, natürlich auch für die SPD, ist wichtiger, was tatsächlich geschehen ist. In den zwei Tagen ihres Aufenthalts führte die Delegation mit dem Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, seinem Stellvertreter Günter Metzger und den Vorstandmitgliedern Gerhard Jahn, Hans-Jürgen Junghans und Bruno Friedrich mehrere Gespräche mit dem Gastgeber, dem Vorsitzenden der Abgeordneten der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Edward Babiuch, dem Auswärtigen Ausschuß des Sejm, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten Stefan Olszowski und dem Vizeminister Jozef Czerek, mit dem für internationale Fragen zuständigen Sekretär des ZK Ryszard Fralek. Herbert Wehner führte ein fast zweistündiges Gespräch mit dem Ersten Sekretär der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) Edward Gierek. Außerdem kam es zu Einzelgesprächen bzw. Vorträgen der Delegationmitglieder bei der Planungskommission des Ministerrates, beim polnischen Institut für auswärtige Angelegenheiten, beim Obersten Gerichtshof und an der Hochschule für gesellschaftliche Wissenschaften.

An erster Stelle einer Wertung dieser Reise muß vermerkt werden, daß die Atmosphäre der Gespräche in Warschau sich völlig verändert hat. Dies konnten vor allem jene feststellen, die nicht zum ersten Mal in Polen waren und wissen, wie tief der Zweite Weltkrieg seine Spuren in das Gedächtnis des polnischen Volkes eingegraben hat. Die Warschauer Gastgeber stellten nicht mehr als erstes die Frage, ob von uns die Ausdehnung tatsächlich gewollt wird, sondern es wurde darüber gesprochen, wie über eine sachliche Normalisierung ein neues, gutes nachbarschaftliches Verhältnis zwischen beiden Völkern begründet werden kann. Dabei man weiß, daß nicht die ständige Deklamation der Absicht die Normalisierung, sondern daß konkrete Schritte zur Normalisierung der Beweis eines neuen Beginns sein werden. In Polen wird der Warschauer Vertrag von 1970, die entschiedene Friedenspolitik Willy Brandts und Walter Scheels, als der historische Neubeginn gewertet, aber für die tatsächliche Normalisierung in der konkreten Politik gibt man den Gesprächen zwischen Schmidt und Gierek im Sommer in Helsinki und den daraus resultierenden Vereinbarungen, die Außenminister Genscher am 9. Oktober unterzeichnet hat, den gleichen Rang.

Die Eindeutigkeit, mit der die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen erklären, daß sie eine baldige Ratifizierung anstreben, wird erwidert durch die nicht minder eindeutige Aussage der pol-

nischen Seite, man werde die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen und zu ihnen stehen. Man sieht in dieser Eindeutigkeit auch den Übergang in der Bewältigung der Vergangenheit zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der Zukunft. Man geht zugleich davon aus, daß diese Normalisierung keine einmalige Aktion, sondern ein Prozeß ist und wer sich einig darüber, daß das Tempo dieses Prozesses nicht von denen bestimmt werden darf, die ihn ablehnen oder hemmen wollen, sondern von denen, die ihn bejahen.

Deshalb stand immer wieder im Mittelpunkt der Gespräche, was nach der Ratifizierung der Vereinbarungen vom 9. Oktober geschehen soll. An erster Stelle steht die ökonomische Zusammenarbeit. Die Bundesrepublik ist heute nach der Sowjetunion Polens wichtigster Handelspartner. Die Handelsbilanz ist erheblich zugunsten der Bundesrepublik Übergewichtig. Damit durch dieses Übergewicht die Fortentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen nicht erschwert oder gestoppt wird, sollte der nächste Schritt die mittel- und langfristige systematische Kooperation sein. Der durch Polen und die Bundesrepublik gemeinsam erfolgte Aufbau einer Düngemittelfabrik in Marokko gilt als erfolgreiches Beispiel für die Möglichkeit, daß künftig beide Länder in Drittländern für ihren Export gemeinsam kooperieren. Eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit bedarf - dies wurde betont - auch einer technologischen Infrastruktur. Polen ist interessiert an Abkommen und an Zusammenarbeit im Bereich der Technologie und des Umweltschutzes; es ist bereit, den Abschluß eines Kulturabkommens anzustreben.

Dies alles sind Bereiche, die im Korb II der Vereinbarungen der KSZE von Helsinki genannt werden. Auch unter diesem Aspekt sollte - dies war gemeinsame Auffassung - die Zusammenarbeit zwischen Polen und der Bundesrepublik verstärkt werden. Dies gilt vor allem für die Politik der Entspannung. Es war der Sinn der Vereinbarungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in einer Zeit zunehmender globaler Krisen zumindest in Europa die Voraussetzung für die friedliche Beilegung von Konflikten zu schaffen. Hier haben beide Staaten ein vorrangiges Interesse, denn ein militärischer Konflikt in Europa würde zuallererst für die Bundesrepublik Deutschland und für Polen katastrophale Folgen haben. Deshalb muß es der Wille beider Staaten sein, darauf hinzuwirken, daß die außereuropäischen Spannungen der Weltpolitik eine Entspannung in Europa nicht behindern oder gar unmöglich machen.

Die CDU/CSU hat sich sowohl gegen die multilateralen Vereinbarungen der KSZE in Helsinki als auch gegen die konkrete Normalisierung, wie sie in den bilateralen Vereinbarungen mit Polen niedergelegt sind, ausgesprochen. Diese weltweite Isolierung in den Fragen der Außenpolitik erklärt das Bemühen der CDU/CSU, die Ausöhnung in den Strudel des Wahlkampfes zu ziehen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Karl Carstens wirft der SPD-Fraktion und besonders ihrem Vorsitzenden Wehner vor, daß sie in Polen mit Kommunisten verhandle. Dazu muß die Union gefragt werden, ob, als sie 1966 der Regierungserklärung des aus ihrer Partei kommenden Kanzlers Kurt-Georg Kiesinger zustimmte - in der die Notwendigkeit der deutsch-polnischen Aus-

Ähnung betont wurde -, sie dies mit dem unausgesprochenen Vorbehalt gehen hat, daß man diese Ausöhnung nicht anstrebe, solange Polen eine kommunistisch geführte Regierung habe. Carstens war damals Staatssekretär im Bundeskanzleramt, und er sollte darüber klar Auskunft geben. Wenn dies so ist, dann waren bisher alle Beteuerungen der Union im Bundestag, man wolle die Ausöhnung mit Polen, eine Täuschung der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit; denn die Grundlage der Ausöhnung sind nun einmal vertragliche Vereinbarungen, die man mit der von allen Staaten der Welt anerkannten polnischen Regierung schließen muß.

Es geht nicht, daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Gerhard Schröder, nach Rom fährt und dort mit kommunistischen Politikern spricht, und daß andere Bundestagsabgeordnete diffamiert werden, weil sie das gleiche in anderen Ländern tun. Die Erklärung von Prof. Carstens ist deshalb ein schlimmer Rückfall in die Argumente des Kalten Krieges und eine Anzählung auf einen stupiden Wehikampf, in dem die sachliche Argumentation ausgeschlossen werden soll. Der Vorwurf des anti-polnischen Chauvinismus kann, wenn Carstens danach fragt, auf den Fraktionsgeschäftsführer der CDU, Gerhard Reddemann, bezogen werden, der die Ausreise von 125.000 Deutschen aus Polen mit dem Lastwagengeschäft Himmlers mit Juden verglichen hat. Obwohl ich auf diese schlimme Entgleisung Reddemanns schon in der Bundestagsdebatte am 26. November hingewiesen habe, hat Carstens bisher dazu geschwiegen. Reddemann hat seine Auffassung nach der Bundestagsdebatte bekräftigt.

Es darf der Union nicht gelingen, in der Öffentlichkeit, vor allem in den Ländern, die unter dem Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen leiden mußten, unsere Haltung zur Vergangenheit ins Zwielicht zu ziehen. Es ist besser, die erkennbare Mehrheit im Bundestag ist in dieser Frage allein glaubwürdig, als dass der Bundestag insgesamt in seiner Haltung zur Vergangenheit durch die CDU/CSU fragwürdig wird.

Die Frage der Ratifizierung im Bundestag kann sich auch nicht an der Frage des Verhaltens des Bundesrates orientieren. Der Bundestag ist von der Verfassung her beauftragt, aus eigener Verantwortung zu entscheiden. Dies gilt vor allem für die Fragen der internationalen Politik. Wenn eine starke politische Kraft in der Bundesrepublik, die CDU/CSU, im Bundesrat meint, über ein Rentenabkommen ein zentrales Anliegen der gesamten deutschen Außenpolitik blockieren zu müssen, dann wird die CDU/CSU dafür als Partei auch international die Verantwortung und die Folgen tragen müssen.

(-/9.1.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Finanzlage der Dritten Welt immer prekärer

Mehr Zuschüsse und größere Sonderziehungsrechte wären Lösung

Von Günter Schluckebier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die beiden größten Einzeltitel des Haushaltes für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind die für Kapitalhilfe und technische Hilfe. Die finanzielle Zusammenarbeit, also die Kapitalhilfe ist das jüngste und zugleich umfangreichste Instrument der Entwicklungspolitik, das erst 1972 in die Hände des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt worden war. Seitdem hat sich sein Charakter erheblich gewandelt. Der Kredit hat dem Zuschuß inzwischen mehr Platz als bisher eingeräumt; in den beiden letzten Jahren wurden im Rahmen der Kapitalhilfe mehr Zuschüsse gewährt als in den vorangegangenen 12 oder 13 Jahren insgesamt.

Dies hat sich angesichts der finanziellen Lage der Dritten Welt als notwendig erwiesen. Inzwischen hat die Verschuldung der Entwicklungsländer gegenüber dem Ausland die Einhundertmilliarden-Dollargrenze überschritten. Dieser Betrag verringert sich zwar um etwa ein Drittel, wenn man ihn durch Einbeziehung der "weichen" Schuldendienstbedingungen im Rahmen der Kapitalhilfe bereinigt, aber es bleiben immer noch 63 Milliarden Dollar übrig - immerhin nahezu 164 Milliarden DM, von denen sich die Hälfte auf neun, ein weiteres Viertel auf elf Länder konzentriert. Die Schulden vieler Entwicklungsländer steigen rasch an, weil die Importe schneller wachsen als die Exporte. Allein 1974 hat sich die Ertragsbilanz der Dritten Welt um rund 20 Milliarden Dollar verschlechtert. Zahlreiche Entwicklungsländer müssen beträchtliche Teile ihres Exporterlöses für den Schuldendienst aufwenden - beispielsweise Afghanistan 51 vH, Uruguay 42 vH und Ägypten 29 vH.

Deshalb muß der Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer noch mehr erleichtert werden, und erste Schritte dazu sind eingeleitet. Die Bedingungen für Kredite im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sind aufgefächert worden; damit hat die Bundesregierung vor

allem den am wenigsten entwickelten und den von den weltwirtschaftlichen Veränderungen am härtesten betroffenen Ländern Rechnung getragen. Außerdem bemüht sich die SPD-Bundestagsfraktion, künftig den Anteil der technischen Zusammenarbeit an den Gesamtaufwendungen für die Dritte Welt zu vergrößern. Die Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit in der SPD-Bundestagsfraktion hat dies mit dem Beschluß begonnen, in diesem Jahr 20 Millionen DM aus der Kapitalhilfe zu entnehmen und auf die Technische Hilfe zu übertragen. Das ist nicht viel; es würde gegenüber dem Haushalt 1975 den Anteil der Technischen Hilfen im weiteren Sinne am Gesamtetat des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit um 3,5 vH steigern. Aber es zeigt die Richtung an, in die gegangen werden muß: Der Teil der Kapitalhilfe, der in Form von Zuschüssen vergeben wird und sich nur noch buchungsmäßig von der Technischen Hilfe unterscheidet, muß für die Technische Zusammenarbeit zur Verfügung stehen.

Damit wäre freilich nur ein kleiner Teil der Ursachen für die prekäre Finanzlage der Entwicklungsländer im Griff. Erforderlich sind Maßnahmen im Bereich des Weltwährungssystems, und die lange vorbereitete Tagung des Interimsausschusses des Internationalen Währungsfonds bietet eine Gelegenheit dazu. Die Dritte Welt hat ihre währungspolitischen Vorstellungen dargelegt. Die will vor allem eine Ausweitung ihrer Möglichkeiten zur Ziehung von Sonderziehungsrechten um 50 vH.

Wir wissen, daß die Kapitalknappheit in der Dritten Welt eine der wichtigsten Ursachen für ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist; diese Erkenntnis liegt auch der Zustimmung der Bundesregierung zu den Beschlüssen der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zugrunde. Auf diesem Gebiet kann die Bundesregierung zeigen, daß sie bei Unterstützungsmaßnahmen über die klassische Entwicklungshilfe hinaus den Problemen der Entwicklungsländer elastisch Rechnung tragen will, übrigens im Interesse aller Beteiligten.

(-/9.1.1976/wi/a/pr)

+ + +

Wilhelm Pieck in Licht und Gegenlicht

Anmerkungen zum 100. Geburtstag des DDR-Präsidenten

Ihren einzigen "Präsidenten" hat die DDR anlässlich seines 100. Geburtstages nicht weniger gefeiert als die Bundesrepublik ihren ersten Bundeskanzler aus gleichem Anlaß. Da gab es "Gedenksteine", "Gedenktafeln", "Gedenkzimmer" an Stätten, an denen er einstmals agierte, in seiner Geburtsstadt Guben wurde ein "zehn Meter hohes Bannersignal mit fünf Bronzereliefs" enthüllt, "die einzelne Etappen aus seinem Leben schildern". Da erging sich die DDR-Presse seit Monaten in Lobeshymnen auf den "treuen Freund der Sowjetunion", den "treuen Kampfgefährten Ernst Thälmanns", den "Schmied der Einheit der Arbeiterklasse" und den "Sohn des Volkes". Natürlich ging es nicht allein um den jovialen, als Mensch nicht unbeliebten ehemaligen Fischlergesellen. Mit der Pieck-Kampagne sollten gleichzeitig drei Ziele erreicht werden: Die Rolle einiger Funktionäre in der Geschichte der KPD/SED sollte entsprechend den Wünschen des Honecker-Zentralkomitees retuschiert, die Sünden der Parteiführungen vor, während und nach der Hitlerzeit sollten vertuscht und die Rolle der KPdSU bzw. der Sowjetunion sollte aufpoliert werden.

Wilhelm Pieck eignet sich dafür, wie kein anderer Spitzenpolitiker der KPD/SED. Er war der einzige Parteiführer, der seit Gründung des Spartakusbundes jeden Richtungstreit überstanden hat und Mitglied aller Zentralkomitees blieb - im Gegensatz zu Ulbricht, dessen Durchfall bei der ZK-Wahl im Jahre 1927 in der SED-Geschichtsschreibung verschwiegen wird. Pieck war auch der einzige ehemalige Angehörige einer "rechten" Fraktion, dessen "Fehlritze" für ihn keine Folgen hatten. Und Pieck konnte es schließlich sogar wegen, vor einem Komintern-Gremium von der "Opferung der KPD" zugunsten der Sowjetunion zu sprechen, ohne daß er unter Stalin das Schicksal Heinz Neumanns und Hermann Remmeles - die Liquidierung durch die GPU - teilen mußte. Wilhelm Pieck war der Prototyp eines "Revolutionärs", wie ihn sich Stalin wünschte. Innerparteilich war er, nachdem Stalin das Kommando in der Komintern übernommen hatte, ein Opportunist, der "Selbstkritik" übte, sobald seine Haltung sowjetisches Stirnrunzeln hervorrief. Für alles das gibt es Belege, die teilweise schon in der unter Ulbricht herausgegebenen "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", noch mehr aber unter der Honecker-Führung beiseite gelassen wurden.

Wilhelm Pieck, mit 34 Jahren an die Parteschule der SPD in Berlin berufen, später einer der Organisatoren der VKPD und der KPD, war nicht der "treue Kampfgefährte Thälmanns", als den ihn die SED-Presse heute vorstellt. Er gehörte 1923/24 in der KPD zu den "Rechten" um Heinrich Brandler und August Thalheimer - beide später ausgeschlossen -, als Thälmann mit Ruth Fischer noch zu den "Ultralinken" zählte. Und als der "Held" des Hamburger Aufstandes von 1923, als der ehemalige Hafenerbeiter Thälmann in der KPD-Presse gefeiert wurde, sich von seinen bisherigen Fraktionsgenossen trennte und 1925 ins ZK gewählt wurde, stimmte Pieck schon drei Jahre später mit dem ganzen ZK für einen Antrag, der dem Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) die Absetzung Thälmanns vorschlug, weil dieser durch Vertuschung der Unterschlagungen seines Schwagers Wittorf "einen die Partei schwer schädigenden Fehler" begangen habe. Der Delegation, die mit diesem Beschluß nach Moskau fuhr, gehörte auch Pieck an. Siegesgewiß erklärte er dem in die Moskauer

"Emigration" geschickten "rechten" Thälmann-Gegner Heinrich Brandler nach einem Bericht von Hermann Weber: "So machen wir das! Jetzt nehmen wir Dich Dickkopf gleich mit nach Deutschland!" Aber als Stalin über das EKKI Thälmanns Wiedereinsetzung durchsetzte, blieb Brandler in Moskau, Pieck kapitulierte und stimmte in der nächsten ZK-Sitzung für Stalins Anweisung.

Dieser Kapitulation aus Opportunismus folgte Jahrzehnte später, unter ganz anderen Bedingungen, aber mit ähnlichem Verlauf, eine zweite. Die Nachwelt verdankt einen Bericht darüber dem ehemaligen peruanischen Komintern-Vertreter S. Eudicio Ravines. In seinem Buch "The Yenan way", erschienen in New York 1951, schildert er Piecks Aufbegehren in einer Sitzung von Komintern-Funktionären, auf der die schwächliche Haltung der deutschen Kommunisten bei der Machtübernahme Hitlers kritisiert wurde: "Wir ertragen es nicht, immer zu hören, die deutschen Kommunisten hätten nicht gekämpft, sie hätten ohne Widerstand aufgegeben. Vielmehr sollte der Ausbruch eines Bürgerkrieges in Deutschland verhindert werden, gefolgt von einer Intervention der Westmächte, welche die sowjetischen Grenzen erreichen und die Sowjetunion in den Konflikt hineinziehen konnte. Die Komintern befahl die Opferung der KPD, Moskau gab die Weisung, aufzugeben." Pieck kapitulierte auch dieses Mal: Nach zwei Tagen übte er "Selbstkritik" - und blieb Sekretär des EKKI.

Ob er an diese Erfahrungen dachte, als er nach Kriegsende aus der sowjetischen Emigration nach Deutschland kam, ist nicht belegt. Sicher aber ist, daß der Mann, der heute von der SED als "Vater der Einheit" gepriesen wird, die den Nationalsozialisten in die Hände arbeitende Hetze gegen die "Sozialfaschisten" - gemeint war die SPD - mitmachte und noch im Mai 1933 mit dem ganzen ZK für die "Fortführung der richtigen Linie unserer Partei" stimmte. Daran schloß sich zwar eine Periode volksfrontähnlicher Anti-Hitler-Agitationen. Aber knapp zwei Jahre später, nach Hitlers Angriff auf Polen, veröffentlichte Pieck einen Artikel, in dem er sich gegen die "sozialdemokratischen Führer, auch die deutschen", wandte, weil sie aus westlicher Emigration "zur Unterstützung des Krieges gegen Deutschland (also gegen Hitler-Deutschland) aufrufen".

Wenn man bei der Wahrheit bleibt, dann bleibt auch von dem strahlenden Bild nicht viel übrig. So garnierte die SED-Presse denn auch ihre Gedenkseiten mit Anekdoten aus dem Leben Wilhelm Piecks, die mit der Wahrheit manchmal so viel zu tun haben, wie manche Histörchen über den "Rosenzüchter aus Rhöndorf". Ernsthafter ist schon der Versuch, auch bei dieser Gelegenheit den verstorbenen Ulbricht als Partei- und Staatsführer zur Unperson zu stempeln. Allerdings hat Erich Honecker in seiner Gedenkrede auf Wilhelm Pieck doch von den "großen deutschen Staatsmännern Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht" gesprochen und damit wenigstens im Fall Ulbricht eine Grenze für Fälschungen der Partei- und Staatsgeschichte gezogen. Das wird freilich nichts daran ändern, daß man der DDR-Bevölkerung und Partei die ganze Wahrheit über Pieck und seine Gefährten auch weiterhin vorenthalten wird.

Walter Osten
(-/9.1.1975/wi/e/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Adenauer, die deutsche Frage und das Ost-West-Verhältnis (V /Schluß)

Ähnliches wie Kennedy 1963 in Berlin hatte de Gaulle schon im März 1959 in einer Pressekonferenz im Elysée-Palast gesagt: "Die Wiedervereinigung der beiden Teile zu einem einzigen Deutschland, das voll und ganz frei wäre, erscheint uns als das normale Schicksal des deutschen Volkes, vorausgesetzt, daß es seine derzeitigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt und sich dazu herbeiläßt, eines Tages Bestandteil eines vertraglich gestalteten Gesamteuropa zu werden, das der Zusammenarbeit, der Freiheit und dem Frieden diene. Bis dieser Idealzustand aber erreichbar ist, sollten nach unserer Auffassung die beiden getrennten Teile des deutschen Volkes ihre Bande und Beziehungen zueinander in allen praktischen Bereichen vervielfachen können. Verkehr, Post, Wirtschaft, Literatur, Wissenschaft, Künste, das Kommen und Gehen der Menschen usw. würden dabei Gegenstand von Abmachungen, in deren Rahmen sich die Deutschen in Deutschland einander annäherten..." (de Gaulle, S. 376 f.).

Was ist dies anders als eine Art Vorformulierung der Deutschen Politik der SPD/FDP-Koalition, die den notwendigen, längst fälligen deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik leistete, ohne das Ziel einer Wiedervereinigung abzuschreiben und die für die Menschen im geteilten Deutschland menschliche Erleichterungen erreichte, deren Ausmaß, obwohl vom humanitären Standpunkt aus natürlich noch längst nicht zufriedenstellend, vorher undenkbar gewesen war!

Von der heutigen CDU/CSU wird gern darauf hingewiesen, daß Adenauer 1955 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion von der Freilassung deutscher Kriegsgefangener, Internierter und Zivilverschiebter abhängig machte. Das ist richtig. Aber Tatsache ist auch und verdient wegen der immer wiederholten Kritik an der Form und der Einhaltung von Vereinbarungen der sozialliberalen Koalition mit dem Ostblock in Erinnerung gerufen zu werden, daß es zehn Jahre dauerte, bis die sowjetische Zusage voll erfüllt war und rund 16 000 Personen in die Bundesrepublik entlassen waren (vgl. die "Zeittafel 1949-1969" des Regierungspresseamtes, S. 63). Und es muß erlaubt sein, diese Zahl in Relation zu setzen zu den 60 000 Deutschen, die seit Abschluß des deutsch-polnischen Vertrags im Dezember 1970 bis zur Gegenwart aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie in die Bundesrepublik kommen konnten.

Erst gegen Ende seiner Amtszeit rang sich Adenauer zu dem vorsichtigen Eingeständnis durch, daß ein starres Festhalten an Rechtspositionen zu Lasten der Menschen im anderen Teil Deutschlands gehen müßte. In der amerikanischen Zeitschrift "Foreign Affairs" schrieb er im September 1962: "Das Berlin-Problem ist wie das Deutschland-Problem überhaupt letztlich eine menschliche Frage. Deshalb liegt hier auch der Ansatzpunkt für eine Lösung. Wenn unseren Landsleuten in der sowjetischen Besatzungszone ein menschenwürdiges Dasein, wenigstens ein gewisses Maß an Freiheit und Selbstbestimmung gewährt wird, werden wir über vieles mit uns reden lassen".

Es blieb freilich bei diesen bloßen Denksätzen; das Steuer herumzuwerfen, dazu fand der alte Mann nicht mehr die Kraft, und so blieb auch 1962 sein 1958 der Sowjetunion schon einmal gemachtes Angebot eines "Burgfriedens" in der deutschen Frage vergeblich. Aber immerhin besaß Adenauer den Mut, nach der Vermittlung des Friedens zwischen Indien und Pakistan durch den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin auf dem Bonner CDU-Parteitag im März 1966 zu erklären: "Daß da die Sowjetunion den Frieden zwischen diesen beiden Völkern vermittelte, das ist für mich ein Beweis dafür, daß die Sowjetunion in die Reihe der Völker eingetreten ist, die den Frieden wollen". Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle "Beifall und Bewegung". Adenauer fährt fort: "Ich weiß, daß ich damit ein kühnes Wort gesprochen habe. Aber, meine Damen und Herren, die Tatsache liegt vor, daß die Sowjetunion zwischen diesen beiden, sich mit bewaffneter Faust gegenüberstehenden Mächten den Frieden herbeigeführt hat".

Auch sagte er in dieser Rede: "Ich bin der Auffassung, ... daß wir uns Sowjetrußland gegenüber wie gegenüber einem Volk verhalten müssen, das uns sehr weh getan hat, dem wir vorher aber auch großes Leid zugefügt haben", und er wies auf die 20 Millionen Menachen hin, die dem zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion zum Opfer gefallen seien (Reden, S. 481; wegen des gleichen Hinweises forderte Strauß noch Jahre später die Abberufung des Botschafters Allardt aus Moskau).

Adenauers historische Tragik liegt darin, daß er aus solchen Einsichten keine politisch wirksamen Konsequenzen mehr ziehen konnte, und daß seine Nachfolger dazu weder den Mut noch die Kraft hatten bzw. in Ermangelung von Adenauers außenpolitischem Format sich lediglich auf seinen Antikommunismus stützten, der ihnen eine der veränderten Weltlage angepaßte Ost- und Deutschland-Politik unmöglich machte. So soll Adenauers historisches Verdienst der Aussöhnung mit dem Westen ungeschmälert bleiben, wenn am Schluß hier festgestellt wird, daß die Zeit über ihn hinweggegangen war, ohne daß seine Nachfolger - mit Ausnahme weniger Politiker wie Schröder oder Kiep - dies bis heute begriffen hätten. Genau diese Tatsache beschrieb die konservative Londoner "Times" am 18. Mai 1973 anläßlich des Bonn-Besuches von Leonid Breschnjew mit den Worten:

"Die christlichen Demokraten haben sich noch nicht von der Hinterlassenschaft Adenauers freimachen können, der die bemerkenswerte Leistung vollbrachte, Westdeutschland fest in das westliche Bündnis einzufügen, indem er seinen Landesleuten einredete, damit würden die Chancen der Wiedervereinigung vergrößert. Dieser Trick funktionierte eine zeitlang, konnte aber nicht von Dauer sein. Die Wiedervereinigung führte er nicht herbei, und die Lage in der Welt änderte sich. Es ist kein Zufall, daß die Vereinbarungen, die von den Deutschen (unter Brandt) getroffen wurden, sich gleichzeitig mit der Annäherung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten vollzogen... Leider haben die christlichen Demokraten noch nicht ihren Weg gefunden, um die konstruktiven Beiträge zu leisten, die das übrige Europa von ihnen erwartete, als sie noch an der Macht waren... Sie haben noch eine weite Strecke vor sich, bis man in ihnen auf dem Gebiet der Innen- oder Außenpolitik eine Alternative sehen kann."

Auf dieser weiten Strecke sind die Unions-Politiker, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis heute noch keinen Schritt weitergekommen.

(-/9. 1. 1976/wi/e/pr)

+ + +

Wortlich für den Inhalt: Claus Preller